



Metropolit Theodosius von Tscherkassy und Kaniw: immer mehr wahrheitsgetreue Informationen über die Situation der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche dringen in die westliche Gesellschaft ein



Der Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 01.02.2024. Am 29. Januar 2024 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation „Public Advocacy“, die Mitglied der Internationalen Menschenrechtsvereinigung „Kirche gegen Fremdenfeindlichkeit und religiöse Diskriminierung“ ist, einige internationale Dokumente, aus denen hervorgeht, dass auf internationaler Ebene eine Untersuchung der Verstöße eingeleitet wurde der Rechte der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche.

Insbesondere wurde eine gemeinsame Anfrage veröffentlicht – **eine Mitteilung über Verletzungen der Rechte von Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche** des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Glaubensfreiheit, des UN-Sonderberichterstatters für die Rechte von Minderheiten und des UN-Sonderberichterstatters zum Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung. Bekannt wurde auch der Inhalt der **offiziellen Antwort** der Ständigen Vertretung der Ukraine bei der UNO und anderen internationalen Organisationen auf diese Anfrage .

Als Ergebnis der Prüfung der Vielzahl von Beweisen und Fakten stellten die Verfasser des gemeinsamen Antrags Tatsachen fest, die ihnen Anlass zur Sorge gaben. Dazu gehören die strafrechtliche Verfolgung einer Reihe von Hierarchen, darunter das bereits verkündete Urteil gegen Metropolit Jonathan von Tulchin und Bratslav, persönliche Sanktionen gegen Erzpastoren und die Kündigung der Vereinbarung für die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die Räumlichkeiten des Kiewer Höhlenklosters als Kirche zu nutzen Kloster kostenlos, Durchsuchungen in mehreren Klosterklöstern, Bildungseinrichtungen und anderen Räumlichkeiten der UOC in den Regionen Kiew, Riwne, Schytomyr, Iwano-Frankiwsk, Tscherniwzi, Dnepropetrowsk, Chmelnyzki, Tscherkassy, Wolyn, Cherson, Ternopil, Poltawa und Transkarpatien, u. a Fälle von Hassverhetzung und Gewaltaufrufen gegen Gläubige der Ukrainisch-Orthodoxen Kirchen nehmen spürbar zu, außerdem haben mehrere Stadt- und Regionalräte die „Aktivitäten der UOC“ in ihren Gebieten verboten.

Im letzten Teil der Kommunikationserklärung erklärten die UN-Sonderberichterstatter: „... wir möchten unsere Besorgnis über das angebliche Muster der Verfolgung der UOC und ihrer Gläubigen zum Ausdruck bringen, das offenbar mit der legitimen und friedlichen Ausübung von ... zusammenhängt.“ ihre Rechte auf Religions- und Glaubensfreiheit, freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit, verankert in den Artikeln 18, 19 und 22 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), der 1973 vom Staat Ukraine ratifiziert wurde. Wir sind insbesondere besorgt über dieses Muster der Einschüchterung, wie die oben genannten Anschuldigungen gegen die Klostersgemeinschaft der UOC und Gläubige mit dem Ziel zeigen, ihre Religionszugehörigkeit zu ändern. Dies steht im Widerspruch zum Zwangverbot des Artikels 18 IPBPR. „Wir sind auch besorgt über die Gegenreaktionen (im Zusammenhang mit Gewaltaufrufen und Verwaltungssanktionen gegen die UOC als Ganzes), mit denen Gläubige der UOC konfrontiert sein könnten, wodurch ihr Recht, ihre Religion auszuüben, effektiv eingeschränkt wird.“

Wie die Menschenrechtsorganisation „Public Advocacy“ **feststellt**, weist der Text der Kommunikationserklärung der UN-Sonderberichterstatter darauf hin, dass auf internationaler Ebene Verletzungen der Rechte der Ukrainischen Orthodoxen Kirche im Zuge der Umsetzung einer systemischen Politik der Diskriminierung dieser Kirche anerkannt werden Konfession und Einschränkung der Rechte ihrer Hierarchie und ihrer Gläubigen.

Metropolit Theodosius von Tscherkassy und Kanew, ein Hierarch der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, Menschenrechtsaktivist, Initiator und Mitbegründer der Internationalen Menschenrechtsvereinigung „Kirche gegen Fremdenfeindlichkeit und religiöse Diskriminierung“, **äußerte sich** im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieser Dokumente. Seiner Meinung nach stellten „zum ersten Mal in den letzten Jahren internationale Beamte mit dem diplomatischen Status von UN-Beamten und der Befugnis, Einzelbeschwerden über Verletzungen der Rechte von Gläubigen zu prüfen, bei der Regierung der Ukraine konkrete Fragen zum Sachverhalt Sie wiesen auf Verletzungen der Rechte von Gläubigen hin und äußerten nicht nur große Besorgnis über solche Verstöße, sondern bewerteten das Vorgehen der derzeitigen Führung des Landes auch als unvereinbar mit dem Völkerrecht. Konnten wir bisher in den Berichten des Amtes des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte nur wenige Kommentare oder Hinweise auf Verletzungen der Rechte von Gläubigen der UOC beobachten, so gibt es nun ein Dokument, das Hinweise auf eine recht ausführliche Untersuchung enthält zum Thema UOC in internationalen Organisationen.“

Gleichzeitig stellt der Erzpastor fest, dass Vertreter von Regierungsstellen, die ihre Antwort auf diese Anfrage vorbereitet hatten (und der Text der Antwort zeigt, dass sie von drei Ministerien gleichzeitig sowie der SBU vorbereitet wurde), „eine Reihe von ignorierten.“ Fragen von internationalen Mandatsträgern beantwortet und in mehreren Punkten unseres Erachtens falsche Angaben gemacht.“ Insbesondere haben Diplomaten und zuständige Ministerien, die die Antwort auf die Anfrage an die

Vereinten Nationen verfasst haben, keinerlei Kommentare oder Erklärungen im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung der Hierarchen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche abgegeben. Obwohl die UN-Sonderberichterstatter um Erläuterungen zur Verurteilung des bereits verurteilten Metropoliten von Tulchin und Bratslav Jonathan baten, äußerten sie den Wunsch, Erläuterungen zu anderen Strafverfahren zu erhalten, die gegen die Hierarchen der UOC eingeleitet wurden, sowie zur Frage der Verhängung von Sanktionen zu ihnen. Darüber hinaus betraf der internationale Antrag Entscheidungen lokaler Regierungen zur Enteignung von Grundstücken der Kirche und andere diskriminierende Maßnahmen. „Derartige Informationen wurden jedoch von ukrainischen Beamten überhaupt nicht zur Verfügung gestellt, und in diesem Teil wurde die internationale Anfrage von unseren Behörden völlig ignoriert“, erklärte Metropolit Theodosius von Tscherkassy und Kaniw.

"Es ist anzumerken, dass Verletzungen der Rechte der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche zunehmend in ausländischen Medien diskutiert werden, wodurch immer mehr wahrheitsgetreue Informationen über die Situation der Gläubigen in die westliche Gesellschaft eindringen“, sagte der Hierarch. – So haben Mitglieder unseres Menschenrechtsvereins „Kirche gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“ kürzlich im Genfer Presseclub eine Pressemitteilung über Verletzungen der Rechte von Gläubigen der UOC in der Ukraine verteilt. All diese Ereignisse, insbesondere die laufenden Aktivitäten der orthodoxen Gläubigen bei der Verteidigung ihrer Kirche und ihres Glaubens führen zu „einer zunehmenden internationalen Aufmerksamkeit für Fälle von Verletzungen der Rechte von Gläubigen der UOC, was wiederum zu einer immer schärferen Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Tatsachen von Verletzungen der Rechte von Gläubigen führen wird.“ die UOC."

Er forderte die ukrainischen Behörden auf, über die langfristigen Auswirkungen einer diskriminierenden Politik gegenüber der Ukrainischen Orthodoxen Kirche nachzudenken: „Und wenn unsere Staatspolitiker weiterhin so viele leicht nachweisbare Fakten des Hasses gegen Gläubige der UOC (und tatsächlich gegen sie) erzeugen eigene Leute) , dann wird dies völlig ausreichen, um eine Masse internationaler Prozesse gegen ukrainische straffällige Beamte einzuleiten. Nach meinen Informationen hat die Diskussion über diese Fragen bereits begonnen, und wenn die Gläubigen der UOC in der Ukraine weiterhin verfolgt werden, wird es in naher Zukunft zu einer groß angelegten Reaktion von Einzelpersonen und ausländischen Strukturen kommen, die die Orthodoxie in der Ukraine verteidigen internationales Niveau."

Seiner Meinung nach gehört zu den minimal notwendigen Schritten, die von den staatlichen Behörden der Ukraine dringend umgesetzt werden müssen, die Beendigung der diskriminierenden Politik gegenüber der Ukrainischen Orthodoxen Kirche; Einstellung künstlich fabrizierter Strafverfahren gegen Hierarchen und Priester aufgrund erfundener Anschuldigungen, Aufhebung persönlicher Sanktionen gegen sie; Unterbindung massenhafter illegaler Neuregistrierungen durch staatliche Standesbeamte von Religionsgemeinschaften der Ukrainischen Orthodoxen Kirche in der OCU auf der Grundlage gefälschter Protokolle von Treffen mit Außenstehenden; sofortige Reaktionen auf jegliche Äußerungen von Gewalt gegen Gläubige der Ukrainischen Orthodoxen Kirche sowie auf öffentliche Aufrufe zu ihrer Diskriminierung aus religiösen Gründen; Verweigerung der Beteiligung staatlicher Stellen an der Beschlagnahmung historischer Sakralgebäude und Baudenkmäler der Ukrainischen Orthodoxen Kirche.

“Um alles zusammenzufassen, was gesagt wurde: Ich würde sehr gerne auf die Überreste der Nüchternheit in den Köpfen und Herzen unserer Staatsmänner hoffen. Ich möchte glauben, dass zumindest einige von ihnen immer noch die Fähigkeit behalten, sich in ihrem Handeln nicht von momentanen politischen Vorteilen und destruktiven Emotionen, sondern von den Prinzipien der Unverletzlichkeit der Freiheiten und Menschenrechte, den Ideen des strategischen Staatsdenkens, leiten zu lassen zum Nutzen unserer Gesellschaft. Halten Sie inne und hören Sie auf die Stimme der historischen Kirche Ihres Volkes – auf die Stimme des Gewissens unseres Volkes. Bevor es völlig zu

spät ist“, forderte Metropolit Theodosius von Tscherkassy und Kaniw.

Quelle: <https://mospat.ru/de/news/91325/>